

SACHSEN-
ANHALT

SPD

BESCHLUSSBUCH ZUM
ORDENTLICHEN
LANDESPARTEITAG
IN QUEDLINBURG

22./23. NOVEMBER 2013, PALAIS SALFELDT

www.spd-sachsen-anhalt.de

Inhaltsverzeichnis

Praktika als Lernverhältnisse statt als Ausbeutung.....	4
Keine Einstiegspraktika als Bedingung bei Stellenausschreibungen	4
Chancengleichheit in schriftlichen Bewerbungsverfahren.....	4
Wiederaufstockung des Gründerzuschusses.....	4
Krankheitsbedingtem Ausfall von Lehrerinnen und Lehrern nachhaltig begegnen	5
Portfolio und/oder Worturteile in den Fächern Kunst, Musik und Sport	5
Sitzenbleiben als Intervention gegen Schulversagen ersetzen.....	5
Stärkung der KSSA im Hochschulgesetz LSA.....	6
Mehr Demokratie an Hochschulen	6
Studentenwerke in Halle und Magdeburg langfristig finanzieren	6
Sicherung der Schulsozialarbeit an Schulen	6
Anpassung der Planungshinweise zur Ausgestaltung von Schulanlagen im Hinblick auf Aspekte der Inklusion.....	7
Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftssystems in Sachsen-Anhalt sichern	7
Einheitliches Pfand von 25 Cent pro Flasche.....	7
Erhebung einer Steuer auf Plastiktragetüten zur Reduzierung des Plastikmülls.....	8
Schutz der Schweinswalpopulationen	8
Förderung umweltorientierter Auftragsvergabe bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen.....	8
Verbot von Pelztierfarmen	9
Wildtierverbot im Zirkus.....	9
Stärkung des Verbraucherschutzes: Versteckte tierische Verarbeitungshilfsstoffe und tierische Zusatzstoffe in Lebensmitteln kennzeichnen und lebensmittelrechtliche Definition von Vegetarismus und Veganismus festschreiben	9
Hochwasserschutz.....	9
Solidarische Pflegeversicherung für Pflegebedürftige und Angehörige bedarfsorientiert gestalten....	10
Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt	12
Änderung Unterhaltsvorschussgesetz	12
Zuschüsse für Umbaumaßnahmen/Umzug.....	12
Versorgung psychisch erkrankter Elternteile.....	12
Reduzierter Mehrwertsteuersatz für sogenanntes Sozialcatering	13
Kürzungen in der Kinder- und Jugendförderung verhindern	13
Finanzielle Planungssicherheit für Frauen- und Kinderschutzhäuser.....	13

Engagement von Kindern und Jugendlichen in Jugendverbänden fördern - Demokratie (demokratische Infrastruktur) stärken.....	13
Kinder- und Jugendhilfe auf sichere Füße stellen	14
Einschulungsbeihilfe.....	15
„Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen	15
Zahl der Landtagswahlkreise.....	15
RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer endlich umsetzen.....	16
Sofortiger Abschiebestopp in menschenrechtsverachtende Staaten	16
Keine zusätzliche „Mutwillensgebühr“ am Bundesverfassungsgericht.....	16
Koalitionsvertrag einhalten - Rahmenbedingungen der Jugendverbände und –organisationen stabilisieren	16
Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil.....	17
Zwangstranssexualisierungen verhindern	17
Verschreibungspflicht Pille danach abschaffen.....	17
Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht.....	18
Weiblichen Rechtsextremismus nicht unbeachtet lassen	18
Extremismusklausel streichen	18
Echtes Netz bzw. Netzneutralität sicherstellen	19
Rechte Netzwerke in Justizvollzugsanstalten verhindern	19
Teilhabe auch für nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigte Ausländer ermöglichen	19
Freizügigkeit für Flüchtende	20
Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts.....	20
Abschaffung der nicht-individualisierten Funkzellenabfrage.....	20
„Imagekampagne“ „Wir stehen früher auf“ abschaffen	20
Leistungsschutzrecht abschaffen.....	21
Die Reform des Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die kommende Legislaturperiode vorbereiten	21
Umwandlung der Kirchensteuer in ein kircheneigenes Beitragssystem.....	21
Angebot an seniorengerechten Wohnungen im Rahmen sozialer Wohnraumförderung	21
Investitionsprogramm kommunale Straßen	22
Fahren von Kraftfahrzeugen mit Tagfahrlicht /Abblendlicht	22
Altschuldenhilfe auch über das Jahr 2013 hinaus fortsetzen	22
Zweckbindung und Verteilungsmaßstab der Kompensationsmittel beibehalten	22
Stadtumbau fortsetzen	23
Am Zug bleiben – Regionalisierungsmittel sichern	23

Würdigung Erich Ollenhauers	24
Barrierefreie Veranstaltungsorte.....	24
Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019.....	24
Kürzen allein ist noch keine Politik – Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss politisch bestimmt werden! Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis der SPD Sachsen-Anhalt.....	25
Neufassung § 10 Landessatzung.....	28
Projekt "Bürgerarbeit" der Bundesagentur für Arbeit fortführen	29
Mit Sachsen-Anhalt für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger	29

- (2) Die Auftraggeber sind verpflichtet stets zu prüfen, welche Umweltauswirkungen der von ihnen anvisierte Auftragsgegenstand hat und ob diese Umweltbilanz durch umweltfreundlichere Alternativen verbessert werden kann. In der Ausschreibung sollen die Auftraggeber zur Abgabe umweltfreundlicherer Nebenangebote oder Varianten auffordern, bzw. eine auf den Erhalt von umweltfreundlichen Angeboten ausgerichtete funktionale Leistungsbeschreibung vornehmen.
- (3) Bei der Wertung der Wirtschaftlichkeit der Angebote sind auch die vollständigen Lebenszykluskosten des Produkts oder der Dienstleistung zu berücksichtigen.“

Beschluss: C6

Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

Verbot von Pelztierfarmen

Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot von Pelztierfarmen in den Tierschutzgesetzen der Länder und des Bundes festgeschrieben wird.

Beschluss: C7

Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Wildtierverbot im Zirkus

Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot von Wildtieren (dies umfassend üblicherweise in der Wildnis lebende Tiere, die im Gegensatz zu Haustieren nicht domestiziert sind) im Zirkus umgesetzt wird. Bestehende Exemplare von Wildtieren werden in Auffangstationen bzw. in Zoos oder Tierparks unterkommen, sofern diese eine bessere Tierhaltung ermöglichen können.

Beschluss: C9

Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt

Stärkung des Verbraucherschutzes: Versteckte tierische Verarbeitungshilfsstoffe und tierische Zusatzstoffe in Lebensmitteln kennzeichnen

Die SPD setzt sich dafür ein, dass versteckte tierische Verarbeitungshilfsstoffe und tierische Zusatzstoffe in Lebensmitteln auf Verpackungen eindeutig gekennzeichnet werden.

Beschluss: C10

Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

Hochwasserschutz

1. Hochwasserschutz muss länderübergreifend, koordiniert und durch eine mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete Institution erfolgen.
2. Für Planfeststellungsverfahren im Hochwasserschutz muss das Rechtsprocedere gegebenenfalls so verändert werden, dass verhängnisvolle Verzögerungen vermieden werden.
3. Bei der Festlegung von Maßnahmen im Hochwasserschutz sind umweltgerechte Maßnahmen (definierte Flutungsflächen und naturnahe Flussläufe) vorzuziehen. Deichbauten sind auf